



Herr Sternbacher  
Herr Stucke  
Herr Tsapos  
Herr Weber, H.-J.  
Frau Weißenfeld

Bündnis90/Die Grünen-Fraktion

Frau Dr. Schulze (Fraktionsvorsitz)  
Herr Bolte, M.  
Herr Geil  
Herr Gutknecht  
Frau Keppler  
Frau Dr. Ober  
Frau Rathsmann-Kronshage  
Herr Rees  
Herr Dr. van Norden

bis 19:55 Uhr (TOP 9, vor der Abstimmung)

BfB

Herr Schulze (Fraktionsvorsitz)  
Frau Becker  
Herr Delius  
Herr Spiegel von und zu Peckelsheim

FDP

Herr Buschmann  
Herr Bolte, F.

Die Linke

Frau Niemeyer  
Frau Schmidt

ab 17:20 Uhr (TOP 4.1)

Bügernähe

Herr Schmelz  
Herr Dr. Wixforth

Verwaltung

Herr Stadtkämmerer Löseke  
Herr Erster Beigeordneter Dr. Pohle  
Frau Beigeordnete Ritschel  
Herr Beigeordneter Moss  
Herr Beigeordneter Kähler

Frau Bockermann  
Herr Schlüter  
Herr Döding  
Frau Stude  
Frau Gottwald  
Herr Kricke

Presseamt  
Presseamt  
Büro Oberbürgermeister  
Büro des Rates, Schriftführung  
Büro des Rates  
Büro des Rates

Abwesend:

Frau Osthus  
Frau Schneider

CDU-Fraktion  
SPD-Fraktion

Zuhörer in der nichtöffentlichen Sitzung (§ 4 Abs. 5 GeschO):

Herr Dr. Kerbein  
Herr Hölscher  
Herr Heißenberg

Geschäftsführung FDP-Gruppe  
Geschäftsführung Gruppe Die Linke  
Geschäftsführung Gruppe Bügernähe

## Öffentliche Sitzung:

### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Herr Oberbürgermeister David eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

---

### Zu Punkt 1 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift der Ratssitzung am 18.12.2008

#### Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Ratssitzung am 18.12.2008 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

---

### Zu Punkt 2 Mitteilungen

Es liegen keine Mitteilungen vor.

---

### Zu Punkt 3 Anfragen

#### Zu Punkt 3.1 Kosten des Untersees (Anfrage der BfB-Fraktion vom 15.01.2009)

##### Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6415/2004-2009

##### Text der Anfrage:

*In der Ratssitzung am 18.12.2008 haben SPD und Grüne beantragt, bestimmte Flächen im Bereich der Johannisbachaue unter Naturschutz zu stellen. Dies hätte faktisch auf Dauer den Bau des Untersees verhindert. Seitdem hat der Fraktionsvorsitzende der SPD, Herr Clausen, die Forderung nach Aufgabe der Unterseeplanung öffentlich wiederholt. Es ist deshalb davon auszugehen, dass SPD und Grüne in absehbarer Zeit einen weiteren Versuch starten werden, die Pläne für einen Untersee zu beenden. Um die Auswirkungen eines solchen Vorhabens beurteilen zu können, bitten wir um die Beantwortung der folgenden Fragen:*

##### Frage:

**Wie viel Geld ist bis heute für den geplanten Untersee insgesamt ausgegeben worden, also für Grunderwerb, Planungskosten, Gutachten, usw.?**

**1. Zusatzfrage:**

**Wie hoch ist der Verkehrswert des für den Untersee gekauften Geländes heute?**

**2. Zusatzfrage:**

**Wie hoch wäre der Verkehrswert nach Unterschutzstellung als Naturschutzgebiet?**

Herr Beigeordneter Moss antwortet, dass die Stadt Bielefeld in den Jahren 1965 bis einschließlich 1996 insgesamt 1.866.975 m<sup>2</sup> (rd. 187 ha) Land zum Teil mit aufstehenden Gebäuden erworben habe. Der ermittelte Gesamtpreis betrage 32.639.760,00 DM, was einem Durchschnittswert von 17,50 DM pro m<sup>2</sup> entspreche. Der mögliche Kernsee mit einer Größe von 10 ha sei dabei zu einem Preis von 20,85 DM/m<sup>2</sup> erworben worden. Da die Geschäftsführung der BBF mit der Planung des Untersees ein Berliner Büro beauftragt habe, bitte er, die Planungskosten dort zu erfragen. Eine Aussage zu den Planungskosten im Zuge der Änderung des Flächennutzungsplanes sei nicht möglich, da der Aufwand seinerzeit nicht dokumentiert worden und nachträglich nicht mehr zu ermitteln sei.

Zu der 1. Zusatzfrage verweist Herr Beigeordneter Moss auf den in § 194 BauGB definierten Begriff des Verkehrswertes:

„Der Verkehrswert (Marktwert) wird durch den Preis bestimmt, der in dem Zeitpunkt, auf den sich die Ermittlung bezieht, im gewöhnlichen Geschäftsverkehr nach den rechtlichen Gegebenheiten und tatsächlichen Eigenschaften, der sonstigen Beschaffenheit und der Lage des Grundstücks oder des sonstigen Gegenstands der Wertermittlung ohne Rücksicht auf ungewöhnliche oder persönliche Verhältnisse zu erzielen wäre.“

Aus Kostengründen habe die Verwaltung keinen Gutachter zu Ermittlung des Verkehrswertes beauftragt; die Grunderwerbskosten gäben aber Hinweis auf den heutigen möglichen Verkehrswert.

Zu der 2. Zusatzfrage erklärt Herr Beigeordneter Moss, dass nach den Vorschriften des § 194 BauGB die tatsächliche derzeitige Nutzung und die Festsetzungen des Flächennutzungsplanes in die Bewertung einfließen müssten. Die Frage könne deshalb erst dann beantwortet werden, wenn der Fall der Unterschutzstellung als Naturschutzgebiet tatsächlich eingetreten sei.

Herr Dr. van Norden (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) äußert die Befürchtung, dass die BfB-Fraktion mit der Anfrage nicht beabsichtige, das Bauvorhaben Untersee aufzugeben, sondern, weil bereits viel Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler investiert worden sei, das Projekt weiter zu verfolgen.

Herr Schulze (BfB-Fraktion) macht deutlich, dass die Stadt Bielefeld bereits einen hohen Betrag für das Großprojekt Untersee ausgegeben habe. In der gegebenen Situation sei es deshalb nur richtig abzuwarten, bis

ein Investor gefunden werde und das Projekt durchführbar sei.

Herr Fortmeier (SPD-Fraktion) weist darauf hin, dass zur Realisierung des Untersees laut der Machbarkeitsstudie von 1999/2000 rund 80 Mio. DM erforderlich seien. Anders als in dem von der SPD-Fraktion vorgeschlagenen Sennesee werde der Untersee darüber hinaus keine Badequalität haben. Auch müsse deutlich werden, dass die vorgesehene Bebauung der Finanzierung des Untersees dienen solle. Im Übrigen sei die Unterschutzstellung der Johannisbachaue als Naturschutzgebiet ein Verfahren, bei dem die eigentliche Seefläche grundsätzlich nicht verhindert werde. Wenn es perspektivisch einmal politisch gewollt sei, könnten Naturschutzflächen auch wieder umgewandelt werden.

Herr Nettelstroth (CDU-Fraktion) hebt hervor, dass die Stadt Bielefeld das Gelände für den Untersee gekauft habe und nach wie vor die rechtlichen Rahmenbedingungen bestünden, das Projekt umzusetzen. Der Rat habe sich in seiner Sitzung am 18.12.2008 für diese Option entschieden und auch seine Fraktion werde weiterhin dieses Ziel verfolgen.

---

#### Zu Punkt 4

#### Anträge

#### Zu Punkt 4.1

#### Errichtung des Technischen Dienstleistungszentrums (TDLZ) als Eigenbau (Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11.11.2008)

#### Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6129/2004-2009

Herr Rees (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) erklärt, dass seine Fraktion den nachfolgenden Antrag vom 11.11.2008 (Drucksache 6129/2004-2009), der in der Ratssitzung am 20.11.2008 eingebracht und vertagt worden sei, zurückziehe:

1. *Der Rat beschließt, das geplante Technische Dienstleistungszentrum (TDLZ) am Standort „Altes Kreishaus“ als Eigenbau-Lösung durch den Immobilienservicebetrieb (ISB) errichten und betreiben zu lassen.*
2. *Der ISB wird gebeten, so schnell als möglich die notwendigen Vorbereitungen auf der Basis des Grobkonzepts der geplanten Gebäude- und Raumstruktur zu treffen und den Ratsgremien vorzustellen. Änderungen, die sich aus dem Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt ergeben, sind einzubeziehen.*
3. *Die derzeit laufenden Vorbereitungen für einen europaweiten Teilnahmewettbewerb zur Realisierung des TDLZ als PPP-Modell sind unverzüglich einzustellen.*

Der Antrag werde durch den neuen gemeinsamen Antrag der CDU-Ratsfraktion, der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16.02.2009 ersetzt (s. Beschluss).

Fraktionsübergreifend sei man sich darüber einig, dass es wirtschaftlich sinnvoll sei, das alte Kreishaus zu sanieren, es um einen Anbau zu ergänzen und die Verwaltungseinheiten, die bisher in unterschiedlichsten Gebäuden untergebracht seien, im Technischen Dienstleistungszentrum (TDLZ) zusammenzuführen. Zur Frage der Umsetzung werde in dem gemeinsamen Antrag eine modifizierte Eigenbaulösung vorgeschlagen, bei der das Grundstück und das Gebäude im Eigentum der Stadt Bielefeld blieben. Mit dieser Lösung könnten die gleichen Kostenvorteile erreicht werden, wie es die Gutachter für das Bielefelder PPP-Modell prognostiziert hätten. Das Projekt wäre in einem überschaubaren Zeitraum zu realisieren und schaffe als kommunales Beschäftigungs- und Konjunkturprogramm zusätzliche Arbeitsplätze. Anders als bei einem PPP-Modell würde die Stadt Bielefeld den Bau des TDLZ durch Nutzung einer städtischen Beteiligung selbst realisieren, was bereits erfolgreich bei der Theatersanierung (Theaterstiftung), der Stadthallenerweiterung und der Sanierung der Detmolder Straße (Bielefelder Beteiligungs- und Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH - BBVG) praktiziert worden sei. Die Vorteile, die eine GmbH durch ihre privatrechtliche Rechtsform habe, könnten so zugunsten der Stadt Bielefeld genutzt werden. Nach Fertigstellung des Baus würde der Immobilienservicebetrieb der Stadt Bielefeld das Gebäude übernehmen und weiter betreiben. Durch die Miete, die die Verwaltungseinheiten an die Gesellschaft zahlen müssten, würden die Investitionen refinanziert. Insgesamt hätte die Lösung folgende Vorzüge:

- Durch die Nutzung der Vorteile der privatrechtlichen Gesellschaft würden die Baukosten optimiert.
- Durch die dann mögliche Anwendung der erleichterten Vergabevorschriften könnten die heimischen Betriebe besser als bei einem PPP-Modell beteiligt werden.
- Alle Risiken, die bei einem PPP-Modell bestünden, könnten vermieden werden.
- Im Gegensatz zu einem PPP-Modell könnte das Vorverfahren aufgrund anderer anzuwendender Regularien verkürzt werden.

Hinsichtlich des Verkaufs des Ankergebäudes, dessen Erlös zur Mitfinanzierung der Baukosten vorgesehen sei, sollte eine erneute Ausschreibung erst dann vorgenommen werden, wenn geklärt sei, was städtebaulich möglich und gewünscht sei. Auch sollte das Gebäude erst dann verkauft werden, wenn der Bau des TDLZ gesichert sei, weil dann auf ein Rücktrittsrecht verzichtet werden könne. Die in dem gemeinsamen Antrag von CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen vorgeschlagene Verfahrensweise sei umsetzbar, liege im Interesse der Stadt und biete eine Lösung in einem überschaubaren Zeitrahmen, bei dem auch Bielefelder Unternehmen profitieren könnten. Persönlich merkt Herr Rees an, dass seine Fraktion und er sich immer gegen ein PPP-Modell ausgesprochen hätten und er überzeugt sei, dass die vorgeschlagene Eigenlösung mit gutem Gewissen den Bürgerinnen und Bürgern und den Verwaltungsmitarbeitern angeboten werden könne.

Herr Nettelstroth (CDU-Fraktion) erinnert an den Grundsatzbeschluss im Jahr 2007 und betont, dass alle Beteiligten im Rahmen des sich anschließenden Verfahrens eine Menge gelernt hätten. Dass PPP-Modell sei aufgrund der Vielzahl von Verträgen und notwendigen Formalien sehr aufwändig und voraussichtlich hätte man erst im nächsten Jahr durch Vergleich der dann eingegangenen Angebote entscheiden können, welches Vorgehen die wirtschaftlichste Lösung sei. Schon im Vorfeld hätten die Gutachter jedoch vorgeschlagen, das Grundstück im städtischen Be-

sitz zu lassen. Auch sei berechnet worden, dass ein privater Bieter nur geringfügig (im einstelligen Prozentbereich) günstiger sei. Aufgrund dieser Erkenntnisse und vor dem Hintergrund, dass sich die finanzielle Lage nachhaltig verändert habe, seine Fraktion nicht ein Jahr verlieren, sondern das TDLZ zeitnah realisieren wolle und das TDLZ mit einem Investitionsvolumen von rd. 25 Mio. Euro ein Konjunkturprogramm darstelle, empfehle seine Fraktion, sich für den gemeinsam vorgeschlagenen Weg zu entscheiden. Zum Ankergebäude sei bereits eine Vorabanschätzung möglich. Zusätzlich zu den städtebaulichen Aspekten müsse jedoch zeitnah geklärt werden, wie mit den bisherigen Nutzungen (z.B. Stadtarchiv, Puppenspiele) verfahren werde.

Bei der modifizierten Eigenbaulösung sollte auf den bisherigen Erfahrungen aufgebaut werden. Er erwarte, dass die Verwaltung in der März-Sitzung des Rates konkrete Vorschläge macht, wie das Modell umgesetzt werden könne und wie die Vorteile durch z.B. das veränderte Vergabeverfahren generiert werden können. Ausgangspunkt für die Planung des TDLZ sei die Tatsache gewesen, dass das alte Gebäude aus energetischen Gründen und aufgrund seiner Größe nicht mehr zeitgemäß genutzt werden könne. Deshalb sollte nach Außen das Signal gegeben werden, dass die Politik an einer schnellen Lösung interessiert sei, zumal mit dem Neubau des TDLZ voraussichtlich 3.000 bis 3.500 m<sup>2</sup> weniger Fläche genutzt werde und energetische Maßstäbe gesetzt würden, die mit einem Altbau nicht zu erreichen wären.

Herr Fortmeier (SPD.-Fraktion) erklärt, dass es unumstritten darum gehe, den Beschäftigten zeitgemäße Arbeitsbedingungen zu schaffen und ein modernes, energetisches Gebäude mit zukunftsweisender, leistungsfähiger Technik zu bauen. Gerade im Hinblick auf den Energieverbrauch müsse die Stadt Bielefeld hier als Vorbild fungieren. Im Rahmen der Prüfung der Frage, wie dies zweckmäßig umgesetzt werden könne, sei man zu der Erkenntnis gelangt, dass ein PPP-Modell riskant und kompliziert sei, weshalb in dem vorliegenden gemeinsamen Antrag die Eigenbaulösung vorgeschlagen werde. Für den Neubau und eine anschließend zu betrachtende 25jährige Nutzungszeit des Gebäudes sei der finanzielle Vorteil eines PPP-Modells in Abwägung zu den Risiken zu gering. Angesichts des relativ langen Zeitraums von 25 Jahren werde eine Eigenbaulösung mit den von seinen Vorrednern genannten Vorteilen für sinnvoller gehalten. Seine Fraktion sei überzeugt, dass mit einer städtischen Tochtergesellschaft oder evtl. auch mit einer Stiftung als Partner frühzeitig mit dem Bau des TDLZ begonnen werden könne. Dem Änderungsantrag der FDP-Gruppe stimme seine Fraktion nicht zu, da die FDP-Bundestagsfraktion das Konjunkturprogramm abgelehnt habe und die Investition in das TDLZ nicht dem Zweck des Programms entspreche. Auch den Antrag der Gruppe Die Linke, das Ankergebäude nicht zu verkaufen, werde seine Fraktion ablehnen. Der Erlös aus dem Verkauf werde zur Finanzierung des TDLZ benötigt und außerdem sei es erklärtes Ziel, die Räume im Ankergebäude freizusetzen und die Umwelt- und Bauverwaltung in einem Gebäude unterzubringen.

Herr Buschmann (FDP-Gruppe) begründet den Antrag seiner Gruppe (s. Abstimmung), das TDLZ als PPP-Modell-Lösung zu errichten. Die Gutachter seien bis zum Schluss zu dem Ergebnis gekommen, dass das PPP-Modell - wenn auch geringer als erwartet - kostengünstiger als die Eigenbaulösung sei. Zudem garantiere das PPP-Modell den Bestand des Gebäudes auf einem hohen Niveau. Die Aussage, dass das örtliche

Handwerk von einer Eigenbaulösung profitiere, halte er für unwahrscheinlich, zumal Untersuchungen bestätigten, dass PPP-Modelle das örtliche Handwerk mehr sichern würden als Eigenbaulösungen, die europaweit ausgeschrieben werden müssten. Die vorgeschlagene modifizierte Eigenbaulösung mit der Option, die Vorteile, die eine PPP-Lösung habe, hier nachträglich einzuführen, sei aus seiner Sicht nicht kompromissfähig.

Frau Schmidt (Gruppe Die Linke) zeigt sich erfreut darüber, dass das PPP-Modell, das ihre Gruppe immer abgelehnt habe, nicht mehr zur Diskussion stehe. Den Grund für den Sinneswandel sehe sie darin, dass die Allgemeinheit die Politik der Privatisierung nicht mehr mittrage. Das Ankergebäude sollte nicht verkauft, sondern nach Errichtung des TDLZ saniert und mit anderen städtischen Einrichtungen, die in einem Mietgebäude untergebracht seien, belegt werden. Der Bezug des Amerikahauses zeige den Bedarf an öffentlichem Eigentum.

Herr Schmelz (Gruppe Bürgernähe) spricht sich gegen das PPP-Modell zur Privatisierung öffentlicher Infrastruktur aus, was auch für die langfristige Anmietung des Amerikahauses gelte, die mit ähnlich großen Risiken verbunden sei. Der Immobilienservicebetrieb habe bewiesen, dass er über die erforderlichen Fachkenntnisse und die Kompetenz verfüge, das TDLZ in einer ökonomischen Eigenbauvariante zu realisieren, so dass keine Notwendigkeit bestehe, Dritte zu beauftragen. Die Gruppe Bürgernähe sei für eine kostenbewusste und qualitativ gute Planung und Ausführung sowie ein ordentliches Vergabeverfahren in der Eigenbauvariante. Er habe dabei die Hoffnung, dass die regionale Wirtschaft unterstützt und Arbeitsplätze gesichert werden.

Herr Delius (BfB-Fraktion) betont, dass aus dem bisherigen Verfahren wertvolle Erkenntnisse und Erfahrungen gezogen worden seien. Im Verfahren stehe man kurz vor der Entscheidung, um nach Vorliegen der Ausschreibungsunterlagen verbindlich beurteilen zu können, ob das PPP-Modell oder die Eigenbauvariante wirtschaftlicher sei. Wenn der gemeinsame Antrag von CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen vor zwei Jahren gestellt worden wäre, hätte viel Zeit gespart werden können. Nach den vorliegenden Erkenntnissen sei allen bekannt, dass das PPP-Modell ca. 8,3 % günstiger als die Eigenbauvariante sei. Die Eigenbaulösung könne zwar durchaus eine bessere Lösung sein, jedoch müsste dafür der politische Wille bestehen, konsequent langfristig und nachhaltig eine Sanierungs- und Instandhaltungsstrategie für öffentliche Gebäude zu verfolgen. In den letzten 30 Jahren habe dies jedoch nicht stattgefunden. Während die normale Verjährung bei Bauleistungen 5 Jahre betrage, hafte der Auftragsnehmer bei dem PPP-Modell 25 Jahre. Es sei daher in seinem Interesse, qualitativ hochwertige und langlebige Bauleistungen zu erbringen und Mängel zu minimieren. Voraussetzung für eine Eigenbaulösung sei auch, dass in der Verwaltung ausreichend fachlich qualifiziertes und motiviertes Personal zur Verfügung stehe. Da der Immobilienservice bereits u. a. mit der Schulbausanierung erheblich belastet sei, sehe er diese Voraussetzung als nicht erfüllt an. Außerdem fehlten bisher die notwendigen ausreichenden Finanzmittel. Herr Delius erachtet es aus eigener praktischer Erfahrung als nicht zutreffend, dass lokale Betriebe bei einem PPP-Modell weniger Aufträge erhielten. Letztlich werde dem Immobilienservicebetrieb mit der Entscheidung zur Eigenbaulösung die Chance genommen, sich dem Wettbewerb zu stellen.

Frau Niemeier (Gruppe Die Linke) spricht sich für eine Renovierung des Ankergebäudes aus, weil es stadtgestalterisch erhaltenswert sei und verkehrsgünstig liege. Sie regt an, die Bürgerinnen und Bürger nach ihrer Meinung zu fragen.

Abstimmung über den Änderungsantrag der FDP-Gruppe vom 16.02.2009:

*Das Technische Dienstleistungszentrum wird als PPP-Projekt errichtet. Unabhängig davon prüft die Verwaltung, ob ein PPP-Projekt auch aus dem Konjunkturpaket II finanziert werden kann.*

- bei 6 Ja-Stimmen mit großer Mehrheit abgelehnt -

Abstimmung über den Änderungsantrag der Gruppe Die Linke vom 19.02.2009:

*Im Punkt 1 des gemeinsamen Antrages von CDU, SPD und Bündnis 90/ Die Grünen wird der dritte Spiegelstrich folgendermaßen geändert*

- *die Veräußerung des Ankergebäudes wird ausgesetzt. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zu entwickeln, wie das Ankergebäude als Verwaltungssitz saniert und langfristig erhalten werden kann. Nach Ablauf der kurzfristigen Mietverträge im Amerikahaus können die dort untergebrachten Verwaltungseinheiten wieder im eigenen Haus untergebracht werden.*

- bei 4 Ja-Stimmen mit großer Mehrheit abgelehnt -

Sodann fasst der Rat folgenden

**Beschluss:**

1. **Die weitere Realisierung des Technischen Dienstleistungszentrums (TDLZ) am Standort des ehemaligen Kreishauses wird ausschließlich als Eigenlösung auf der Grundlage der vorliegenden Untersuchungen zur technischen Machbarkeit weiter verfolgt. Der Beschluss des Rates vom 14.06.2007 wird dahingehend abgeändert, dass**
  - **das Grundstück in jedem Fall bei der Stadt Bielefeld verbleibt,**
  - **auf die Einschaltung eines privaten Investors verzichtet wird,**
  - **die Veräußerung des Ankergebäudes ohne ein Rücktrittsrecht erfolgen soll,****wobei sämtliche Verkaufsbedingungen, insbesondere städtebauliche Aspekte, vorher abzuklären sind.**
2. **Unter Berücksichtigung der intensiven Belastung des Immobilienservicebetriebes (ISB) durch die laufende Schulbausanierung sowie die anstehende Abwicklung des Konjunkturpakets II wird die Verwaltung beauftragt, basierend auf den im bisherigen**

Beratungsverfahren gewonnenen Erkenntnissen, zur nächsten Ratssitzung einen alternativen Vorschlag zur Eigenrealisierung unter Berücksichtigung folgender Eckpunkte vorzulegen:

- Umsetzung möglichst aller im Rahmen der PPP-Untersuchung aufgezeigten Optimierungspotenziale (insbesondere hinsichtlich der Raumgrößen, des Ausstattungsstandards und der Flächenfunktionsbeziehungen)
- Einbeziehung bestehender oder künftiger städtischer Tochtergesellschaften, um Möglichkeiten durch das vereinfachte Vergaberecht und steuerliche Gestaltungsoptionen zu nutzen
- schlanke und direkte Entscheidungsstrukturen im weiteren Verfahren.

3. Ziel ist es, zu einer möglichst zeitnahen Realisierung des TDLZ zu kommen und unter Nutzung der vereinfachten Vergaberichtlinien möglichst vielen Bielefelder und regionalen Unternehmen die Chance zu einer Beteiligung an dem Bauvorhaben zu geben.

- mit großer Mehrheit beschlossen -

---

#### Zu Punkt 4.2

#### **Verschiebung der Abschlussberatungen zum Haushalt 2009 (Antrag der SPD-Fraktion vom 09.02.2009)**

##### Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6512/2004-2009

Herr Clausen (SPD-Fraktion) begründet den Antrag seiner Fraktion, Drucksache 6512/2004-2009 (Text s. nachfolgende Abstimmung). Er betont dass seine Fraktion sich weiterhin dem Ziel der effektiven Haushaltssanierung verpflichtet fühle und nicht - wie fälschlicherweise in der Öffentlichkeit dargestellt - aus dem Haushaltskonsolidierungsverfahren aussteigen wolle. Die Qualität des Haushaltsplanes und die damit verbundene Zielerreichung sei von der Richtigkeit der zugrunde liegenden Annahmen und Prognosen abhängig. Bei falschen Annahmen sei das Risiko, das geplante Ziel zu verfehlen, sehr hoch. In dem Haushaltsplanentwurf 2009 habe der Stadtkämmerer die Gewerbesteuerereinnahmen aufgrund der Steuerschätzung von November 2008 kalkuliert, die jedoch darauf beruhe, dass sich das Wirtschaftswachstum positiv entwickle. Nach heutigen Einschätzungen sei jedoch mit einem Wirtschaftswachstum von minus 2 % zu rechnen, so dass die Kalkulation der Gewerbesteuer falsch und unrealistisch sei. Seine Fraktion schlage daher vor, die Haushaltsberatungen zu verschieben, bis nach der Steuerschätzung im Mai 2009 belastbarere Zahlen vorlägen und damit das geplante Ziel, die Einnahmen und Ausgaben auszugleichen, verlässlicher erreicht werden könne. Das Gegenargument, die Stadt Bielefeld könne ohne verabschiedeten Haushalt nicht an den Konjunkturpaketen partizipieren, sei inzwischen entfallen. Sollte sich die bisherige Kalkulation als richtig erweisen, würden Investitionen in der Größenordnung von 30 Mio. Euro um ein paar Wochen verzögert. Bestätigten sich jedoch die Befürchtungen, hätte man Geld ausgeben, das nicht vorhanden sei. Herr Clausen appelliert,

die Haushaltssanierung weiterhin seriös zu verfolgen und bittet, den berechtigten Einwand seiner Fraktion Ernst zu nehmen.

Herr Lux (CDU-Fraktion) macht darauf aufmerksam, dass die Kommune gehalten sei, den Haushaltsplan, der die Grundlage für das gesamte städtische Handeln sei, möglichst frühzeitig und zwar möglichst vor Beginn des jeweiligen Haushaltsjahres zu beschließen. Würde der Logik von Herrn Clausen gefolgt, dürfte der Haushalt 2009 frühestens nach der Steuerschätzung im November 2009 beschlossen werden. Es sei nichts Neues, dass der Haushaltsplan, der immer Prognosen beinhalte, aufgrund der letzten aktuellen Orientierungsdaten erstellt werde. Sollten sich gravierende Abweichungen ergeben, müsse aufgrund des geltenden Haushaltsrechts ein Nachtragshaushalt erlassen werden. Heute würden mit dem Antrag der SPD-Fraktion auch erstmalig die vom Stadtkämmerer vorgelegten Zahlen des Haushaltsplanentwurfs in Frage gestellt. Der Rat dürfe nicht abwarten, bis gesicherte Zahlen vorlägen und die Verabschiedung des Haushalts 2009 dürfe kein Jahr lang aufgeschoben werden. Wichtige Investitionen wie z.B. energetische Erneuerungsmaßnahmen in Schulen, die in den Ferien durchzuführen seien, könnten sonst nicht getätigt werden. Auch die Umsetzung der Konjunkturpakete des Bundes, die - wie sich alle Fraktionen einig seien - schnell umgesetzt werden sollten, würde sich zwangsläufig verzögern. Ein Aufschieben des Haushaltsbeschlusses 2009 gefährde Arbeitsplätze und verstärke die bestehende konjunkturelle Schwäche. Die CDU-Fraktion werde dem Antrag der SPD-Fraktion daher nicht zustimmen.

Herr Schulze (BfB-Fraktion) plädiert wie Herr Lux dafür, den Haushalt entsprechend dem Haushaltsrecht so schnell wie möglich zu verabschieden. Schwankungen und Risiken habe es in den letzten 20 Jahren immer gegeben und auch bei einer Beschlussfassung im Mai 2009 werde es keine besseren Erkenntnisse als jetzt geben. Eine Einschätzung der Entwicklung und der Risiken sei sehr schwierig und selbst Finanzexperten seien heute unterschiedlicher Meinung. Um arbeitsfähig zu bleiben, müsse die Stadt Bielefeld den Haushalt 2009 möglichst schnell verabschieden.

Frau Dr. Schulze (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) betont, dass es Teil der kommunalen Selbstverwaltung sei, einen Haushalt zu verabschieden, der die Basis für das Handeln von Politik und Verwaltung für das jeweilige Haushaltsjahr darstelle. Sie kritisiert, dass die SPD-Fraktion mit dem Antrag zwar herausstelle, dass der Haushalt mit Risiken behaftet sei und dass die Stadt Bielefeld sich in einer schwierigen finanziellen Lage befinde, sie aber damit keinen Beitrag zur Lösung der Krise leiste. Im Gegenteil würden Beschlüsse gefasst, die die Stadt Bielefeld zusätzlich belasteten bzw. Einsparungen verhinderten. Beispielhaft nennt sie den Stadthallenerweiterungsbau, die Entzerrung der Schulanfangszeiten, die Zusammenlegung von Ämtern, die Parkraumbewirtschaftung an Schulen und den Ausbau der Detmolder Straße. Auch ihre Fraktion sei sich bewusst, dass der Haushalt 2009 Risiken beinhalte. Dennoch müsse der Haushalt verabschiedet und ggf. ein Nachtragshaushalt erlassen werden. Wenn der Rat den Haushalt 2009 nicht zeitnah beschließe und weiterhin mit den Einschränkungen der Übergangswirtschaft gearbeitet werden müsse, verweigere man die Aufgabe, auf der Basis des verabschiedeten Haushalts die Politik in dieser Stadt zu gestalten.

Herr Dr. Wixforth (Gruppe Bürgernähe) erklärt, dass es eine wirtschaftliche und konjunkturelle Krise in dieser Intensität in den letzten 20 Jahren noch nicht gegeben habe. Niemand wisse, wie sich die Konjunktur im Jahr 2009 entwickeln werde. Angesichts der Aussagen von Finanzexperten und der Pressemitteilung, wonach die Firma Gildemeister einen Umsatzeinbruch von minus 14 % zu verzeichnen habe, müssten die Gewerbesteureinnahmen der Stadt Bielefeld sehr vorsichtig bewertet werden. Seine Gruppe halte die übereilte Verabschiedung des Haushaltes 2009 nicht für opportun und plädiere dafür, die Entscheidung für einen kurzen Zeitraum auszusetzen, damit zuverlässigere Zahlen zugrunde gelegt werden könnten. Seine Gruppe werde daher dem Antrag der SPD-Fraktion zustimmen.

Herr Buschmann (FDP-Gruppe) bemerkt, dass er die grundsätzlichen Überlegungen der SPD-Fraktion teile und die Antragstellung nachvollziehen könne. Die Plandaten zu der Höhe des strukturellen Defizits seien erschreckend und hätten seine Gruppe in den letzten Jahren veranlasst, den Haushalt abzulehnen. Jedoch sehe er in der Verschiebung des Beschlusses über den Haushalt 2009 nur eine Verunsicherung der Investoren, zumal der Antrag offen lasse, welche Konsequenzen bei einem Rückgang der Gewerbesteureinnahmen zu ziehen seien. Es sei wichtig, den Investoren eine sichere Handlungsgrundlage zu geben, weshalb seine Gruppe den SPD-Antrag ablehnen werde.

Herr Hamann (SPD-Fraktion) vertritt die Auffassung, dass Politik nach dem Grundsatz von Klarheit und Wahrheit handeln und deshalb rechtzeitig auf die Gegebenheiten aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung hinweisen müsse. Nach den vorliegenden Plandaten werde die Stadt Bielefeld im Jahr 2011 in die Haushaltssicherung geraten; lege man die realen Daten zugrunde, würde dies bereits 2010 eintreffen. Es sei verantwortungslos, den Eindruck zu erwecken, als würden sich Einnahmen und Ausgaben decken. Die SPD-Fraktion habe dies problematisiert und daher den vorliegenden Antrag gestellt.

Nach weiteren Wortbeiträgen von Herrn Lux (CDU-Fraktion) und Herrn Delius (BfB-Fraktion), der vorschlägt, eine Worst-Case-Planung vorzunehmen, lässt Herr Oberbürgermeister David über den Antrag der SPD-Fraktion abstimmen.

Abstimmung über den Antrag der SPD-Fraktion vom 09.02.2009, Drucksache 6512:

Die Abschlussberatungen zum Haushalt 2009 im Finanz- und Personalausschuss und Rat werden unterbrochen. Sie werden fortgeführt, sobald die Auswirkungen der für Mai 2009 erwarteten Steuer-schätzung auf die bisherigen Haushaltsansätze erkennbar sind. Die Verwaltung wird beauftragt, diese Auswirkungen so schnell wie möglich in den Plan einzuarbeiten.

- mit Mehrheit abgelehnt -

-.-.-  
*Herr Oberbürgermeister David gibt den Vorsitz  
an Herrn Bürgermeister Grube ab.*

-.-.-

**Zu Punkt 4.3**

**Gutachten zur Ermittlung des Wertes der Geschäftsanteile von 49,9 % an den Stadtwerken Bielefeld GmbH (Antrag der SPD-Fraktion vom 09.02.2009)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6513/2004-2009

Herr Clausen (SPD-Fraktion) begründet den nachfolgenden Antrag seiner Fraktion vom 12.02.2009:

*Die BBVG wird gebeten, mit der swb AG Bremen gemeinsam einen Wirtschaftsprüfer zu bestimmen. Dieser soll beauftragt werden, den Preis für die 49,9 % der von der swb AG Bremen gehaltenen Geschäftsanteile an den Stadtwerken Bielefeld GmbH entsprechend den Regelungen des Konsortialvertrages zwischen der Stadt Bielefeld und der swb AG zu ermitteln. Für den Fall, dass die swb AG Bremen der gemeinsamen Beauftragung nicht bis zum 28.02.2009 zustimmt, wird die BBVG gebeten, einseitig einen Wirtschaftsprüfer entsprechend zu beauftragen.*

Die Stadt Bielefeld habe jetzt die Möglichkeit, die 2001 an die swb AG Bremen verkauften Anteile der Stadtwerke zurück zu kaufen. Laut den Regelungen des Konsortialvertrages müsse gemeinsam von der swb AG Bremen und der Stadt Bielefeld ein Wirtschaftsprüfer eingesetzt werden, der den Kaufpreis festlege. Danach könne sich die Stadt Bielefeld entscheiden, ob sie die Anteile zu dem festgelegten Preis zurückkaufen wolle. Da bei dem Verkauf im Jahr 2001 ein so genannter „strategischer Aufschlag“ kalkuliert worden sei, rechne er jedoch damit, dass der Kaufpreis deutlich unter den 23 Mio. Euro von 2001 liegen werde. Ein wichtiger Faktor bei der Bestimmung des Kaufpreises sei aber auch die Bewertung der Beteiligungen der Stadtwerke Bielefeld GmbH und dabei spiele die Dauer des Betriebs des Kernkraftwerks Grohnde eine Rolle. Davon ausgehend, dass sich aufgrund der Ergebnisse der anstehenden Bundestagswahlen möglicherweise die Mehrheiten ändern und das Kernkraftwerk Grohnde evtl. länger als bisher geplant am Netz bleiben könne, würde der Wert der Anteile steigen. Deshalb habe die swb AG Bremen ein Interesse, das Verfahren zur Kaufpreisermittlung zu verzögern, während die Stadt Bielefeld darauf drängen müsse, das Gutachten so schnell wie möglich zu erstellen, um einen angemessenen Kaufpreis zu erzielen. Neben der Tatsache, dass die Stadt Bielefeld bei einem entsprechenden Kaufpreis ein gutes Geschäft machen könne, laufe man bei einem Rückkauf nicht in Gefahr, von einem unbekanntem Anteilseigner abhängig zu sein, der nur beabsichtige, Rendite zu erzielen. Die Preise und Gebühren, die bisherige Strategie der ökologisch vorbildlichen Energieerzeugung und das Ziel, Aufträge und Arbeitsplätze in der Region zu belassen, würden bei einem Rückkauf nicht gefährdet. Eine Entscheidung über den Rückkauf der Anteile von der swb AG Bremen könne erst getroffen werden, wenn der Wirtschaftsprüfer sein Gutachten vorgelegt habe. Die Stadt Bielefeld sei aber gut beraten, auf die swb AG Bremen zeitlich Druck auszuüben.

Herr Lux (CDU-Fraktion) verweist auf den nachfolgenden Änderungsantrag seiner Fraktion vom 19.02.2009:

*Die BBVG wird gebeten, mit der swb AG Bremen gemeinsam einen*

*Wirtschaftsprüfer zu bestimmen, der beauftragt werden soll, den Preis für die 49,9 % der von der swb AG Bremen gehaltenen Geschäftsanteile an den Stadtwerken Bielefeld GmbH entsprechend den Regelungen der Konsortialvertrages zwischen der Stadt Bielefeld und der swb AG Bremen zu ermitteln. Sollte dies bis zum 19.03.2009 nicht gelingen, wird sich der Rat der Stadt in seiner Sitzung am 26.03.2009 über das weitere Vorgehen beraten.*

Er zeigt sich verwundert über die Aussage von Herrn Clausen, dass konkret die Möglichkeit bestehe, die Minderheitenbeteiligung an der Stadtwerke Bielefeld GmbH zurückzukaufen. Wie jedes andere Ratsmitglied wisse er nur, dass der Eigentümer der swb AG Bremen Überlegungen angestellt habe, über seine Beteiligungen nachzudenken und dass ein Interessent vorhanden sei. Er betont, dass die beim Verkauf der Anteile der Stadtwerke Bielefeld GmbH beschlossenen Eckpunkte weiter Bestand hätten und appelliert, bei einem evtl. Rückkauf mit möglichst großer Geschlossenheit vorzugehen, da es sich hier um eine Entscheidung handle, die viele Generationen betreffe. Die CDU-Fraktion könne sich dem Antrag der SPD-Fraktion grundsätzlich anschließen und stimme darin überein, dass eine Entscheidung erst nach Vorliegen des gemeinschaftlichen Gutachtens getroffen werden könne. Sie lehne es jedoch ab, ggf. einseitig einen Wirtschaftsprüfer zu beauftragen, weil dies kein partnerschaftliches Verhalten darstelle. Er bittet darum, einen gemeinsamen Antrag zu formulieren, der das gemeinsame Ziel nicht gefährde und das für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Bielefeld Optimale erreiche.

Herr Delius (BfB-Fraktion) geht auf den nachfolgenden Änderungsantrag seiner Fraktion vom 18.02.2009 ein:

*Der Rat der Stadt Bielefeld beauftragt die Verwaltung, dem Vorstand der swb AG den Wunsch des Rates der Stadt Bielefeld zu übermitteln, in die Verhandlungen zum Rückkauf der von Bremen an den Stadtwerken Bielefeld GmbH gehaltenen Anteile einzusteigen.*

*Zur Ermittlung des Kaufpreises soll entsprechend der im Konsortialvertrag geschlossenen Vereinbarung gemeinsam ein Wirtschaftsprüfer bestellt werden.*

Er bedauert, dass der seiner Meinung nach normale Wirtschaftsvorgang einen politischen Schwerpunkt erhalten habe. Wenn es so sei, dass der Geschäftspartner swb AG Bremen die Absicht habe, zu veräußern, sollte die Stadt Bielefeld ein deutliches Signal dahingehend setzen, dass sie bei einem Verkauf der Anteile an einem Rückkauf interessiert sei. Der Wirtschaftsprüfer sollte gemeinsam bestellt werden, da nur dieses Gutachten bei einem Verkauf Bestand haben werde. Dem Geschäftspartner gleich mit Terminen zu drohen, halte er für unglücklich. Dem CDU-Antrag könne seine Fraktion auch zustimmen, er plädiere jedoch ebenfalls für einen gemeinsam getragenen Beschluss.

Frau Dr. Schulze (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) erklärt (an die Besucherinnen und Besucher gerichtet), dass, wenn der Kaufpreis für den Rückkauf der Anteile an der Stadtwerke Bielefeld GmbH akzeptabel sei, dies für die Stadt Bielefeld ein im hohen Maße wirtschaftlicher Vorgang sei. Ihre Fraktion habe sich seinerzeit gegen die Veräußerung der Anteile ausgesprochen und würde einen Rückkauf begrüßen. Hinsichtlich der Auslegung des Konsortialvertrages verhalte sich die swb AG Bremen nicht immer wie erwartet und es sollte nicht akzeptiert werden, dass das

Verfahren ggf. von dort verzögert werde. Dem Antrag der CDU-Fraktion, erst die gemeinsame Beauftragung des Wirtschaftsprüfers zu beschließen und bei Weigerung der swb AG Bremen in der nächsten Ratssitzung das weitere Vorgehen zu beschließen, könne ihre Fraktion so nicht zustimmen. Auch sie würde einen gemeinsam beschlossenen Antrag begrüßen.

Herr Dr. Wixforth (Gruppe Bürgernähe) hebt die große Bedeutung eines möglichen Rückkaufs für die Zukunft der Stadt Bielefeld hervor und appelliert, einen Konsens möglichst aller politisch Verantwortlichen herzustellen. Seine Gruppe fordere, nachdem das Gutachten einer unabhängigen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft vorliege, die Anteile an der Stadtwerke Bielefeld GmbH möglichst schnell zurückzukaufen. Es gehe darum, den Zeitraum festzulegen, in dem der Wirtschaftsprüfer das Gutachten erstellen solle und die Absicht zu erklären, dass die Stadt Bielefeld an Kaufverhandlungen interessiert sei.

Herr Buschmann (FDP-Gruppe) macht noch einmal deutlich, dass der Beschluss, einen Wirtschaftsprüfer zu beauftragen, oder die Preisfestsetzung selbst noch nicht die Entscheidung über einen Rückkauf der Anteile an der Stadtwerke Bielefeld GmbH darstelle. Termine dürften nur so festgelegt werden, dass die Stadt Bielefeld auch Rechte aus dem Konsortialvertrag geltend machen könne. Dies sei nur der Fall, wenn die Fa. Essent seine Anteile an der swb AG Bremen verkauft habe. Er stelle daher den Antrag, den Änderungsantrag der CDU-Fraktion wie folgt zu ändern:

*Der letzte Satz des Beschlussvorschlages ist zu ersetzen durch  
„Terminliche Planungen werden vom erfolgreichen Verkauf der Anteile an die swb AG Bremen durch Essent abhängig gemacht.“*

Diese Formulierung hindere nicht daran, bereits vorab Gespräche zu führen.

Herr Schulze (BfB-Fraktion) appelliert, die Diskussion im Interesse der Stadt Bielefeld in einem kleineren Kreis weiter zu führen und eine Lösung mit größtem Einvernehmen zu finden. Das Verfahren richte sich ausschließlich nach dem Konsortialvertrag und lasse sich nicht beschleunigen. Um den Weg über Gerichte zu vermeiden, sollte die Stadt Bielefeld auf ein vernünftiges Verhältnis zu der swb AG Bremen Wert legen.

Frau Schmidt (Gruppe Die Linke) vertritt die Auffassung, dass die swb AG Bremen kein strategischer Partner sei, sondern - wie sich bei der Bewertung der Alternativen für das Heizkraftwerk gezeigt habe - eine Finanzbeteiligung geworden sei. Sie halte den Rückkauf der Anteile an der Stadtwerke Bielefeld GmbH für eine Entscheidung von großer Bedeutung für die Daseinsvorsorge in Bielefeld, die nicht aufgeschoben werden sollte. Es sollte nach außen hin deutlich gemacht werden, dass die Stadt Bielefeld die Anteile möglichst schnell zurückkaufen wolle.

Herr Clausen (SPD-Fraktion) resümiert aus der vorangegangenen Diskussion, dass es lediglich hinsichtlich der Frage der einseitigen Bestellung eines Wirtschaftsprüfers durch die BBVG einen Dissens gebe. Er appelliert nochmals, der Bestellung zuzustimmen, da er die Bremer Vertreter als „knallharte Geschäftsleute“ einschätze und er sich sicher sei, dass auch die swb AG Bremen bereits einen Gutachter beauftragt habe. Für die weiteren Überlegungen sei es im Interesse der Stadt Bielefeld

wichtig, Anhaltspunkte über den Wert der Anteile zu besitzen.

Herr Lux (CDU-Fraktion) appelliert nochmals, eine normale Frist zu setzen, um nicht den Ruf als guter Geschäftspartner zu verlieren. Seine Fraktion plädiert nachdrücklich dafür, einen gemeinschaftlichen, mit breiter Mehrheit getragenen Beschluss zu fassen. Zur Erarbeitung einer einvernehmlichen Formulierung bitte er daher um Sitzungsunterbrechung.

-.-.-

Auf Antrag von Herrn Lux (CDU-Fraktion) wird die Sitzung  
von 19:20 Uhr bis 19:25 Uhr unterbrochen.

-.-.-

Herr Clausen trägt das in der Sitzungspause erzielte Verhandlungsergebnis vor. Der Rat fasst daraufhin folgenden

### **Beschluss:**

**Die BBVG wird gebeten, mit der swb AG Bremen gemeinsam einen Wirtschaftsprüfer zu bestimmen. Dieser soll beauftragt werden, den Preis für die 49,9 % der von der swb AG Bremen gehaltenen Geschäftsanteile an den Stadtwerken Bielefeld GmbH entsprechend den Regelungen des Konsortialvertrages zwischen der Stadt Bielefeld und der swb AG zu ermitteln. Für den Fall, dass sich diesbezüglich das Einvernehmen mit der swb AG Bremen nicht bis zum 19.03.2009 herstellen lässt, beabsichtigt der Rat in seiner Sitzung am 26.03.2009 die BBVG zu bitten, einseitig einen Wirtschaftsprüfer entsprechend zu beauftragen.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

*Herr Bürgermeister Grube gibt den Vorsitz  
an Herrn Oberbürgermeister David zurück.*

-.-.-

## **Zu Punkt 5**

### **Änderung der städtischen Vergabegrundsätze im Zusammenhang mit der Vereinfachung des Vergaberechts zur Beschleunigung von Investitionen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6495/2004-2009

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

### **Beschluss:**

**Die Allgemeinen Grundsätze über die Vergabe von Aufträgen der Stadt Bielefeld (Vergabegrundsätze) vom 08.09.1988, zuletzt geändert mit Ratsbeschluss vom 25.10.2007, werden wie folgt geändert:**

**Nr. 4 Vergabearten wird wie folgt ergänzt**

**4.4 Für die Geltungsdauer des Gem. Runderlasses des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Energie, des Innenministeri-**

ums, des Finanzministeriums, des Ministeriums für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie und des Ministeriums für Bauen und Verkehr NRW vom 03.02.2009 (Beschleunigung von Investitionen durch Vereinfachung des Vergaberechts) können Aufträge bis zu den dort genannten Wertgrenzen ohne weitere Einzelbegründung und ohne vorherigen Teilnahmewettbewerb beschränkt ausgeschrieben werden bzw. freihändig vergeben werden. Das Nähere regelt der Oberbürgermeister bzw. die Oberbürgermeisterin durch Dienstanweisung. Hierbei ist auch zu regeln, dass von den im Erlass dargelegten Möglichkeiten, die Fristen für Teilnahmeanträge und die Einreichung von Angeboten im nichtoffenen Verfahren bei Vergaben oberhalb der EU-Schwellenwerte (zz. 5.125.000 € für Bauleistungen, 206.000 € für Liefer- und Dienstleistungen) so zu verkürzen, dass die Gesamtdauer des Verfahrens von 87 auf 30 Tage reduziert wird, Gebrauch zu machen ist.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 6** **Über- und außerplanmäßige Ausgaben, denen der Stadtkämmerer zugestimmt hat**

Beratungsgrundlage:

Protokoll der Sitzung des Finanz- und Personalausschusses vom 20.01.2009

Der Rat nimmt von den über- und außerplanmäßigen Ausgaben, denen der Stadtkämmerer zugestimmt hat, gemäß der Anlage zum Protokoll der Sitzung des Finanz- und Personalausschusses vom 20.01.2009 Kenntnis.

-.-.-

**Zu Punkt 7** **2. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme des Luftrettungsdienstes der Trägergemeinschaft des Rettungshubschraubers "Christoph 13" vom 19.12.2003**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6364/2004-2009

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt beschließt die 2. Nachtragssatzung (Gebührentarif) zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme des Luftrettungsdienstes der Trägergemeinschaft des Rettungshubschraubers „Christoph 13“ vom 19.12.2003 laut Anlage zur Vorlage.

- einstimmig beschlossen -

(Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.)

-.-.-

## **Zu Punkt 8      Bielefelder Kulturpreis 2009**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6430/2004-2009

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

### **Beschluss:**

**Für Ihre besonderen kulturellen Verdienste werden**

- **Herr Sigurd Prinz**
- **Frau Sigrid Lichtenberger und**
- **Herr Professor Gerd Lisken**

**mit dem Kulturpreis 2009 der Stadt Bielefeld ausgezeichnet.**

- einstimmig beschlossen -

---

## **Zu Punkt 9      Konzept "Behindertengerechtes Bielefeld" Kommunale Handlungs- und Maßnahmefelder**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2009/5286

Frau Rathsmann-Kronshage (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Vorsitzende des Sozial- und Gesundheitsausschusses) berichtet, dass sich der Sozial- und Gesundheitsausschuss der Empfehlung des Beirates für Behindertenfragen angeschlossen habe und empfehle, das Konzept in „Behindertenfreundliches Bielefeld“ umzubenennen. Der Sozial- und Gesundheitsausschuss wisse, dass es zwar Schnittpunkte zu anderen Konzepten gebe, halte aber die Differenzierung für notwendig, um den Anliegen der betreffenden Personen gerecht zu werden.

Frau Gemkow (CDU-Fraktion) erläutert, dass es in Bielefeld rund 30.000 Menschen gebe, die besondere Hilfe und Unterstützung benötigen und dass dies insbesondere älter werdende Menschen betreffe. Die CDU-Fraktion nehme dies als wichtige Zukunftsfrage an und wolle den Menschen Sicherheit geben sowie das Bewusstsein für diese Querschnittsaufgaben schärfen. Ein wichtiger Punkt sei für ihre Fraktion die Möglichkeit der politischen Mitwirkung. Hier verweist sie auf die Arbeit des Seniorenrates und des Beirates für Behindertenfragen und bedankt sich bei allen Gremien, Selbsthilfegruppen, Fachdiensten und den vielen anderen Personen für ihre gute und kompetente Arbeit. Das Stichwort „Barriereabbau“ sei nicht nur ein Thema für Seniorinnen und Senioren, sondern betreffe alle Personen in allen Lebenslagen. Zwar sei in Bielefeld in dieser Hinsicht bereits viel getan worden, jedoch habe sie den Eindruck, dass das Wissen zu dieser Aufgabenstellung noch nicht überall angekommen sei. Ihre Fraktion bewerte den Barriereabbau als einen großen Wirtschaftsfaktor und sehe ihn auf gleicher Ebene wie Energiesparen und Klimaschutz. Unter dem Aspekt, dass es künftig viele Menschen mit Unterstützungsbedarf und wenige helfende Menschen geben werde, sehe sie die Problematik „Wer pflegt mich morgen?“ als neue so-

ziale Frage an. Aufgabe der Stadt Bielefeld sei es, diese Frage rechtzeitig zu klären und Weichen zu stellen. Wichtig sei hierbei auch, die vielfältigen Angebote in Bielefeld zu vernetzen und zu koordinieren. Ihre Fraktion stimme auch darin überein, dass in den Schulen mehr integrative Angebote geschaffen werden müssten; das Konzept enthalte hier die richtige Zielsetzung. Abschließend appelliert Frau Gemkow, das Thema ernst zu nehmen, viele Impulse zu setzen und Initiativen anzustoßen.

Herr Garbrecht (SPD-Fraktion) bedauert, dass es nicht gelungen sei, die unterschiedlichen thematischen Schwerpunkte in einem Konzept zusammenzufassen. Seine Fraktion hätte sich für die Bürgerinnen und Bürger ein Konzept gewünscht, in dem die künftige Lebenssituation als Vision beschrieben und die mittel- bis kurzfristigen Aufgaben dargestellt würden. Die bestehenden Schnittmengen würden sich jetzt in der Umsetzung zeigen und müssten entsprechend behandelt werden. Aus der Charta der Rechte der hilfe- und pflegebedürftigen Menschen oder der UN-Konvention der Rechte behinderter Menschen, die aus Sicht der SPD-Fraktion nicht nur deklaratorischen Charakter hätten, ergäben sich für die betroffenen Personen Rechte und Pflichten. So müsse z. B. auch bei Investitionen aus dem Konjunkturpaket im Bereich Bildung von vorneherein ein barrierefreier Zugang eingeplant werden. Die SPD-Fraktion wolle nicht für, sondern mit den Betroffenen gemeinsame Lösungen finden. Das bedeute auch, die Potenziale der Betroffenen und nicht ihre Behinderungen in Vordergrund zu stellen. Herr Garbrecht würdigt das engagierte Eintreten des Seniorenrates und des Beirates für Behindertenfragen und erklärt, dass seine Fraktion den Vorlagen zu TOP 9 und 10 zustimmen werde.

Frau Rathsmann-Kronshage (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) macht noch einmal deutlich, dass es bei den Konzepten wichtig sei, notwendige Gemeinsamkeiten zu beschreiben aber dennoch eine Differenzierung vorzunehmen. Sie hoffe, dass die Ziele, die auf den in den Konzepten beschriebenen Problemlagen beruhen, intensiver als bisher auch in anderen Fachausschüssen umgesetzt würden. Ihre Fraktion werde den Konzepten zustimmen und die Umsetzung intensiv verfolgen.

### **Beschluss:**

**Der Rat beauftragt das Dezernat 5, auf der Grundlage der Bielefelder Perspektiven 2009 und des vorliegenden Konzeptes „Behindertenfreundliches Bielefeld“ (Drucksachen-Nr. 2009/3632), die unterschiedlichen Bausteine in Kooperation mit den anderen intern und extern beteiligten Akteuren umzusetzen.**

**Soweit einzelne Maßnahmen noch nicht mit finanziellen Mitteln hinterlegt sind, sind von der Verwaltung bei der Umsetzung frühzeitig die Maßnahmenfolge sowie ein möglicher Finanzierungsvorschlag vorzustellen.**

**Das Dezernat 5 berichtet in regelmäßigen Abständen in den zuständigen kommunalen Gremien über die konkreten Umsetzungsschritte und -ergebnisse.**

- einstimmig beschlossen -

## Zu Punkt 10

### **Konzept "Seniorenfreundliches Bielefeld"** **Kommunale Handlungs- und Maßnahmenfelder**

#### Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6060/2004-2009

(Wortbeiträge siehe auch TOP 9 „Konzept Behindertenfreundliches Bielefeld“.)

Herr Schmelz (Gruppe Bürgernähe) begründet den nachfolgenden Änderungsantrag seiner Gruppe vom 16.02.2009:

- 1. Die Verwaltung wird in Zusammenarbeit mit den verschiedenen Fachdezernaten beauftragt, verbindliche Richtlinien für die Gestaltung des seniorenfreundlichen öffentlichen Raums zu erarbeiten, insbesondere in Bezug auf die Erreichbarkeit und Aufenthaltsqualität von ÖPNV-Haltestellen und die Breite von Fuß- und Radwegen.*
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den Trägern der ambulanten Pflege, trägerübergreifende Lösungen zu erarbeiten, um generell quartiersbezogene Betreuungs- und Pflegekonzepte zu entwickeln.*

Seine Gruppe begrüße die beiden Konzepte, vermisse aber konkrete Beschlüsse zur Umsetzung in den Bereichen Gestaltung von Wohn- und Lebensräumen und Schutz und Sicherheit im Alter. So würden in der Verkehrswegeplanung konkrete Vorschläge zur Sicherung der Mobilität und der Nutzung und Erreichbarkeit des ÖPNV fehlen. Seine Gruppe schlage vor, nur noch ausreichend breite Fuß- und Radwege zu bauen und auf kombinierte Fuß- und Radwege zu verzichten. Die Gehwegbreite sollte mindestens 2,5 m betragen. Im ÖPNV sollten die Stadtbahnwagen vorwiegend mit Sitzplätzen und nicht mit Stehplätzen ausgestattet werden; außerdem sollte die Taktrate erhöht werden. Zu dem Handlungs- und Maßnahmenfeld „Ambulante Pflege“ kritisiert Herr Schmelz, dass die 53 ambulanten Pflegedienste nicht koordiniert und in Konkurrenz zueinander arbeiten würden. Hier sollten quartiersbezogene Konzepte entwickelt werden, um zu kürzeren Fahrzeiten zu kommen und damit die Pflegekräfte zu entlasten.

Herr Weber (CDU-Fraktion) spricht sich dagegen aus, die sehr detaillierten Vorschläge der Gruppe Bürgernähe im Rat zu diskutieren, der nur die Grundsätze beschließen sollte. Zudem könnten hinsichtlich des ÖPNV gegenüber moBiel nur Empfehlungen ausgesprochen werden.

Da sich viele Punkte bereits in der Umsetzungsphase befänden, schlage er vor, den Antrag an den Sozial- und Gesundheitsausschuss zu verweisen und dort im Rahmen der Konkretisierung der Handlungsfelder abzuarbeiten.

Frau Rathsmann-Kronshage (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) weist darauf hin, dass viele Punkte, die Herr Schmelz angesprochen habe, sich in dem Konzept wieder finden würden (s. z. B. Seite 8, Punkt II.8 „Barrierefreie Gestaltung des öffentlichen Raumes“). Hinsichtlich Punkt 2 des Änderungsantrages verweist sie auf das Selbstbestimmungsrecht der Nutzer, den Pflegedienst selbst zu wählen. Dieses Recht wolle sie nicht

eingeschränkt wissen. Auch die Frage von quaternahen Pflegebüros sei bereits im Fachausschuss diskutiert worden. Insgesamt könne sie sich aber der Anregung von Herrn Weber anschließen, den Antrag im Sozial- und Gesundheitsausschuss zu beraten.

**Beschluss:**

1. **Der Rat beauftragt das Dezernat 5, auf der Grundlage der Bielefelder Perspektiven 2009 die unterschiedlichen Bausteine des Konzeptes „Seniorenfreundliches Bielefeld“ in Kooperation mit den anderen intern und extern beteiligten Akteuren umzusetzen.**

**Soweit einzelne Maßnahmen noch nicht mit finanziellen Mitteln hinterlegt sind, sind von der Verwaltung bei der Umsetzung frühzeitig die Maßnahmenfolge sowie ein möglicher Finanzierungsvorschlag vorzustellen.**

**Das Dezernat 5 berichtet in regelmäßigen Abständen in den zuständigen kommunalen Gremien über die konkreten Umsetzungsschritte und -ergebnisse.**

2. **Der Änderungsantrag der Gruppe Bürgernähe vom 17.02.2009 wird im Rahmen der Umsetzung des Konzeptes „Seniorenfreundliches Bielefeld“ an den Sozial- und Gesundheitsausschuss verwiesen.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 11**

**Bielefelder Richtlinie über die Förderung baubegleitender energetischer Beratung bei Modernisierungsmaßnahmen an Wohngebäuden im Stadtgebiet**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6148/2004-2009/1

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

**Beschluss:**

**Die Bielefelder Richtlinie über die Förderung baubegleitender energetischer Beratung bei Modernisierungsmaßnahmen an Wohngebäuden im Stadtgebiet wird gemäß der Anlage „Förderrichtlinie“ zur Vorlage beschlossen.**

- einstimmig beschlossen -

(Die Nachtragsvorlage ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.)

-.-.-

**Zu Punkt 12**

**Städtische Stellungnahme zum Planfeststellungsverfahren für den Neubau der L 712 n - 4. BA - zwischen der B 61 und L 778**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2009/5472

Herr Fortmeier (SPD-Fraktion, Vorsitzender des Umwelt- und Stadtentwicklungsausschusses) berichtet, dass die Empfehlungen der Bezirksvertretung Heepen in die Stellungnahme eingearbeitet worden seien. Hinsichtlich des Vorschlags der Bezirksvertretung Heepen, eine weitere Linksabbiegespur von der Grafenheider Straße in Richtung Braker Straße einzurichten, empfehle der Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss dies als Prüfung aufzunehmen.

Herr Schmelz (Gruppe Bürgernähe) geht auf den Änderungsantrag seiner Gruppe (s. nachfolgende Abstimmung) ein und erläutert, dass die Gutachter festgestellt hätten, dass sich durch den Bau der L 712 n und der A 33 Verkehr in die Stadt verlagern werde, der sich ohne diese Straßen außerhalb Bielefelds abspielen würde. Aufgrund der prognostizierten Abnahme der Bevölkerung bis 2020 um 4,5 % würde das Verkehrsaufkommen um 1,5 - 2,5 % abnehmen. Die Durchgangsverkehre würden u. a. aufgrund der A33 bis 2020 um 22 % zunehmen. Das Gutachten beweise, dass erst durch die Realisierung des Hochschulcampus „Lange Lage“ der Bau der L 712 n und dadurch dann der Ausbau der Herforder und der Grafenheider Straße notwendig werde. Mit einer durchdachten Entwicklung des Hochschulstandorts Bielefeld mit einer zentralen Ansiedlung der Fachhochschule auf dem Glienecke-Gelände könnten die genannten zusätzlichen Verkehrsprobleme verhindert werden. Bei einem Verzicht des Baus der L 712 n und des Ausbaus der Grafenheider und Herforder Straße würden auf der Grafenheider Straße bis 2020 über 6.000 Fahrzeuge weniger fahren; auch die Herforder Straße würde entlastet. Die prognostizierten Mehrbelastungen auf der Braker, der Elverdisser und der Milser Straße seien bei allgemein abnehmenden Verkehrszahlen und einer durchdachten Stadt- und Verkehrsplanung vermeidbar.

Herr Dr. van Norden (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) stellt für seine Fraktion den Antrag, für den Neubau der L 712 n eine ablehnende Stellungnahme abzugeben. Der Neubau der L 712 n sei ökologisch nicht zu vertreten, da damit ein enormer Flächenverbrauch verbunden sei, die Durchgängigkeit zwischen der Johannisbachaue und den Freiflächen in Richtung Herford aufgegeben werde und wertvolle Biotope im Bereich des Johannisbachs zerstört würden. Aus verkehrlicher Sicht sei der Neubau nicht notwendig, da die ursprünglich zugrunde gelegten Zahlen nicht mehr stimmen und die Verkehre abnehmen würden. Aufgrund der Lärm- und Feinstaubbelastung sei den Anwohnerinnen und Anwohnern die neue Straße L 712 n nicht zuzumuten. Anstatt neue Straßen zu bauen sollten die bestehenden Straßen durch Maßnahmen wie z.B. das Aufbringen von Flüsterasphalt ertüchtigt werden. Schließlich würde der Bau der L 712 n Kosten verursachen, die die Stadt Bielefeld nicht tragen könne. Wenn die L 712 n gebaut werde, müssten zwangsläufig auch die Herforder und die Grafenheider Straße ausgebaut werden; die Kosten für beide Straßen müsse die Stadt Bielefeld tragen. Würde nur die L 712 n gebaut, weil für die beiden anderen Straßen das Geld fehle, käme es zu einem Verkehrskollaps.

Herr Nettelstroth (CDU-Fraktion) weist darauf hin, dass die Entscheidung über den Bau der L 712 n bereits vor Jahren getroffen worden sei und dass es jetzt nur darum gehe, ob die Stadt Bielefeld als einer der Träger öffentlicher Belange im Planfeststellungsverfahren Bedenken habe oder Anregungen einbringen wolle, wie die Straße optimiert werden könne. Wenn in diesem Verfahrensstadium eingewendet werde, dass die Straße nicht mehr notwendig sei, müsse auch dargelegt werden, wie die Stellungnahme lauten solle. Im Übrigen sei die Stellungnahme unter dem Vorbehalt, dass die Gremien noch abschließend beraten müssen, längst abgegeben worden. Die zuvor geforderte Verkehrsuntersuchung sei abgeschlossen und habe gezeigt, dass sich durch den Bau der L 712 n für Schildesche und Jöllenbeck nur minimale Auswirkungen bzw. sogar Entlastungsfunktionen ergeben. Eine von Herrn Schmelz dargestellte Verbindung zum Projekt „Lange Lage“ könne er nicht nachvollziehen. Aufgrund des demographischen Wandels nehme die Mobilität im Alter zu und wirke sich auf die Verkehre aus. Gewollt sei, die Verkehre zu bündeln und ein geschlossenes Verkehrssystem zu schaffen. Deshalb plädiere er für den Anschluss an die Grafenheider Straße, den Umbau der Grafenheider Straße und den Ausbau der B 61.

Herr Bürgermeister Grube (SPD-Fraktion) zeigt Verständnis für die Anlieger, die sich gegen die Straße wehren und dafür alle Mittel einsetzen würden, die ihnen rechtlich zustünden. Nicht verstehen könne er allerdings das Verhalten von Bündnis 90/Die Grünen und Bürgernähe, die wichtige Infrastrukturmaßnahmen verhindern wollten. Ein Ratsmitglied sei nicht nur einem Teil sondern der gesamten Stadt Bielefeld verantwortlich und müsse entsprechend handeln. Um die Bundesrepublik Deutschland weiterhin als einen der größten Produktionsstandorte Europas zu halten und um die Finanzkrise zu meistern, brauche auch Bielefeld hervorragende Infrastruktur und deshalb müssten auch Straßen gebaut werden. Seine Fraktion stimme der Stellungnahme zum Planfeststellungsverfahren für den Neubau der L 712 n zu.

Frau Schmidt (Gruppe Die Linke) erklärt, dass ihre Gruppe der Vorlage nicht zustimmen werde. Sie bezweifle, dass die durchgesetzten Interessen der Autofahrerinnen und Autofahrer zukunftssicher seien. Sie hoffe, dass die Bürgerinnen und Bürger den gleichen Erfolg haben wie die Bürgerinitiative Ravensberger Spinnerei, die damals ein Autobahnkreuz verhindert habe.

Herr Bolte (FDP-Gruppe) erklärt, dass seine Gruppe die Straße L 712 n für überdimensioniert halte. Seine Gruppe sei zwar für die Verbindung von der Autobahn bis zur B 61, habe aber ein Problem damit, dass der Stadtteil Brake von dem übrigen Gebiet der Stadt Bielefeld abgeschnitten werde. Die FDP-Gruppe plädiere vielmehr für eine Ertüchtigung der Grafenheider Straße. Da sie sich einem Mehrheitsbeschluss aber nicht entgegenstellen wolle, werde sie sich bei der Abstimmung enthalten.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Gruppe Bürgernähe vom 17.02.2009 und den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19.02.2009::

Gruppe Bürgernähe

*Die Stadt Bielefeld spricht sich in ihrer Stellungnahme zum geplanten Bau der L 712n aufgrund der veränderten Verkehrsprognosen*

*(Verkehrsmodell Bielefeld Prognose 2008) gegen diese Planung aus.*

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

*Die Stadt Bielefeld gibt im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens eine ablehnende Stellungnahme zum Neubau der L 712n ab.*

- bei 12 Ja-Stimmen mit Mehrheit abgelehnt -

**Beschluss:**

**Die Verwaltung wird beauftragt, im Planfeststellungsverfahren für den Neubau der L 712 n -4. BA- zwischen der B 61 und L 778 in den Gemarkungen Brake, Milse und Altenhagen der Stadt Bielefeld und in den Gemarkungen Elverdissen und Diebrock der Stadt Herford entsprechend der als Anlagen 1 und 2 der Vorlage beigefügten Stellungnahmen der Fachdienststellen gegenüber der Bezirksregierung Detmold Stellung zu nehmen.**

- mit Mehrheit beschlossen -

(Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.)

-.-.-

**Zu Punkt 13**

**Ausschreibung des Linienbündels Gütersloh Ost**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6379/2004-2009

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

**Beschluss:**

**Der Rat beschließt, dass die Stadt Bielefeld sich an der Ausschreibung des Linienbündels Gütersloh Ost unter der Federführung des Verkehrsverbundes OWL (VV OWL) beteiligt.**

- einstimmig beschlossen -

Herr Bürgermeister Grube, Herr Meichsner, Herr Dr. van Norden und Herr von Spiegel haben gemäß § 31 GO NRW an der Beratung und Beschlussfassung nicht teilgenommen.

-.-.-

## Zu Punkt 14

### Mitgliedschaft im Konvent der Bürgermeister/Bürgermeisterinnen zur Erreichung der EU-Klimaziele

#### Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6416/2004-2009

Frau Beigeordnete Ritschel berichtet, dass mit der Mitgliedschaft im Konvent eine Erklärung verbunden sei, wonach sich die Stadt Bielefeld verpflichte, über die Klimaziele der EU hinaus die CO<sub>2</sub>-Emissionen um mehr als 20 % zu reduzieren. Die Stadt Bielefeld würde durch den Beitritt Teil eines Netzwerkes, von dem die Stadt Bielefeld profitieren könne und das ggf. auch bei der Gewährung von Fördergeldern nützlich sein könne. Frau Beigeordnete Ritschel verliest die deutsche Fassung der Erklärung:

#### Konvent der Bürgermeister/Bürgermeisterinnen

*Ich, Eberhard David, Oberbürgermeister von Bielefeld, informiere Sie, dass der Stadtrat in seiner Sitzung am 19.02.2009 mich (in meiner Funktion als Oberbürgermeister) beauftragt hat, den Konvent der Bürgermeister zu unterzeichnen, in Kenntnis der damit verbundenen Verpflichtungen, insbesondere:*

- *Die Ziele der EU für 2020 zu übertreffen und die CO<sub>2</sub>-Emissionen in unserem Gebiet um mindestens 20 % zu reduzieren;*
- *innerhalb eines Jahres nach dem offiziellen Beitritt zum Konvent der BürgermeisterInnen einen Aktionsplan für nachhaltige Energie inkl. einem Inventar der Ausgangsemissionen vorzulegen, der darlegt, wie die Ziele erreicht werden sollen;*
- *mindestens jedes zweite Jahr nach Vorlage des Aktionsplans einen Umsetzungsbericht vorzulegen, der eine Bewertung, Überwachung und Überprüfung gewährleistet;*
- *Energie-Tage oder Städte-Konvent-Tage in Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission und anderen Interessenvertretern zu organisieren, um die Bürger unmittelbar an den Möglichkeiten und Vorteilen einer intelligenteren Energienutzung teilhaben zu lassen und die lokalen Medien regelmäßig über die Entwicklungen bezüglich des Aktionsplans zu informieren;*
- *an der jährlichen europäischen Konferenz der Bürgermeister für nachhaltige Energie für Europa teilzunehmen und aktiv mitzuwirken;*

*Bielefeld, den*

**UNTERSCHRIFT**

Auf Nachfrage von Herrn Meichsner (CDU-Fraktion) bestätigt Herr Oberbürgermeister David, dass aufgrund der Mitgliedschaft im „Konvent der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister zur Erreichung der EU-Klimaziele“ keine zusätzlichen Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden müssten.

Herr Bürgermeister Grube (SPD-Fraktion) kritisiert, dass die Erklärung in der Verwaltungsvorlage in englischer Sprache abgedruckt worden sei

und bittet darum, künftig ausschließlich die deutsche Sprache, die ja auch Amtssprache sei, zu verwenden.

Herr Oberbürgermeister David versichert, dass er eine deutschsprachige Erklärung unterzeichnen werde.

**Beschluss:**

**Der Rat beschließt, dem „Konvent der Bürgermeister / Bürgermeisterinnen zur Erreichung der EU-Klimaziele“ beizutreten und die der Vorlage angefügte Erklärung durch den Oberbürgermeister für Bielefeld unterzeichnen zu lassen.**

- einstimmig beschlossen -

---

**Zu Punkt 15**

**Anderung der Amtsbezeichnung der Juristen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6437/2004-2009

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

**Beschluss:**

**Der Rat der Stadt beschließt, dass die Volljuristen und –juristinnen im höheren Verwaltungsdienst künftig die Amtsbezeichnungen**

- Stadtrechtsrat/-rätin
- Stadtoberrechtsrat/-rätin
- Stadtrechtsdirektor/-direktorin
- Leitender Stadtrechtsdirektor/-direktorin

tragen

- einstimmig beschlossen -

---

**Zu Punkt 16**

**Bestellung eines beratenden Mitglieds im Jugendhilfeausschuss**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6359/2004-2009

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

**Beschluss:**

**Herr Samuel Wasser wird als Vertreter der Jüdischen Kultusgemeinde beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss (bisher: N.N.).**

- einstimmig beschlossen -

---

**Zu Punkt 17**      **Bestellung eines stimmberechtigten Mitglieds im Jugendhilfe-**  
**ausschuss**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6451/2004-2009

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

**Beschluss:**

**Der Rat beschließt folgende Umbesetzung:**

**Jugendhilfeausschuss**

**stellv. Mitglied (Vertreter der Träger der freien Jugendhilfe)**

**neu:            Frau Claudia Albers (Bielefelder Jugendring)**

**bisher:        Frau Andrea Duffert.**

- einstimmig beschlossen -

---

**Zu Punkt 18**      **Umbesetzungen in Ausschüssen, Beiräten und anderen Gre-**  
**mien (Anträge der Fraktionen und Gruppen)**

**Zu Punkt 18.1**    **Beirat der Justizvollzugsanstalt Bielefeld-Brackwede**  
**(Antrag der SPD-Fraktion vom 21.01.2009)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6514/2004-2009

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

**Beschluss:**

**Der Rat beschließt folgende Umbesetzung:**

**Beirat der Justizvollzugsanstalt Bielefeld- Brackwede**

**bisher:    Herr Dr. Armin Barthel**

**neu:        Herr Volker Strothmann.**

- einstimmig beschlossen -

---

**Zu Punkt 18.2**    **Beteiligungsausschuss**  
**(Antrag der Gruppe Bürgernähe vom 16.02.2009)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6565/2004-2009

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

**Beschluss:**

Der Rat beschließt folgende Umbesetzung:

**Beteiligungsausschuss:**

Beratendes Mitglied nach § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NRW

bisher: Ratsmitglied Dr. Harald Wixforth  
neu: Ratsmitglied Martin Schmelz.

- einstimmig beschlossen -

---

**Zu Punkt 18.3 Sozial- und Gesundheitsausschuss**  
**(Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17.02.2009)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6581/2004-2009

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

**Beschluss:**

Der Rat beschließt folgende Umbesetzung:

**Sozial- und Gesundheitsausschuss**

stellv. Mitglied

neu: sachk. Bürger Joachim Hood  
bisher: sachk. Bürgerin Inga Jesinghaus.

- einstimmig beschlossen -

---

---

**D a v i d**  
**Oberbürgermeister**  
Vorsitz (außer TOP 4.3)

---

**G r u b e**  
**Bürgermeister**  
Vorsitz zu TOP 4.3

---

**S t u d e**  
**Schritfführerin**